
EKD

Herausgegeben
vom Kirchenamt der
Evangelischen
Kirche in Deutschland
(EKD)
Herrenhäuser Straße 12
30419 Hannover

TEXTIE

100

Wie ein Riss in einer hohen Mauer

Wort des Rates der Evangelischen Kirche
in Deutschland zur globalen Finanzmarkt-
und Wirtschaftskrise

Inhalt

Vorwort	5
Das Ganze im Überblick	7
I. „Wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer“ <i>Worum geht es in der Krise?</i>	9
II. „So geh nun hin ...“ <i>Was ist die Aufgabe eines kirchlichen Wortes?</i>	11
III. „Was wahr ist“, sollt ihr schauen! Schauet nicht, „was das Herz begehrt“! <i>Was sind die Ursachen der Krise?</i>	13
IV. „Wenn ihr umkehrtet ..., so würde euch geholfen.“ <i>Wie geht es weiter?</i>	16
V. Verlasst euch nicht trotzig „auf Frevel und Mutwillen“! <i>Woran sollen wir uns orientieren?</i>	18
VI. „Brich dem Hungrigen dein Brot ... Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten“ <i>Was gibt Zuversicht?</i>	22

Vorwort

Wieder hat eine neue Zeitrechnung begonnen. Wir sprechen von der Zeit nach der Krise – wie vor zwanzig Jahren von Deutschland nach der Wende. Noch vor Jahresfrist war ein so plötzlicher Umschwung unvorstellbar. Wo eben noch Privatisierung und Deregulierung als wirtschaftliche Heilsbringer galten, war plötzlich der Ruf nach dem starken Staat zu hören. Schutzschirme für Banken wurden aufgespannt, Rettungsfonds für die Wirtschaft aufgelegt, Konjunkturprogramme entwickelt. Schuldige wurden gesucht für die sich ausbreitende Gier, die in eine unvergleichliche Vernichtung finanzieller Werte umschlug. Der Zorn richtete sich auf Verantwortliche in der Finanzbranche, in Wirtschaft und Politik, die der Sucht nach dem schnellen Geld ihren Lauf gelassen oder dem riskanten Hantieren mit vergifteten Finanzprodukten keinen Einhalt geboten haben. Doch die Suche nach dem Sündenbock hilft nicht; denn viele haben mitgemacht.

Dass es nicht mehr weiter gehen kann wie bisher, spüren viele. Für alle, die in diesen Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren, finanzielle Verluste erleiden, weil sie ihre bescheidene Rente mit Zertifikaten aufbessern wollten, oder den Zusammenbruch eines mit großer Initiative aufgebauten Unternehmens erleben, ist das eine bittere Zeit. Für die wachsende Zahl von Armen ist es besonders hart. Wer genügend Polster hat, fällt weicher. Es ist eine große Aufgabe, die Veränderungen zu meistern, vor denen unser Land steht. Menschen, deren persönliche Lebensperspektive zerstört wird, empfinden es als zynisch, wenn schlingernde Finanzinstitute mit Steuermitteln stabilisiert werden, während man die Empfänger von Sozialleistungen zu Eigenverantwortung und Eigenvorsorge aufruft. Vertrauen ist zerstört – in Verantwortungs-träger, aber auch in die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft.

In dieser Situation erinnert der Rat der EKD mit den hier vorgelegten Überlegungen zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise an ein biblisches Bild. Im 30. Kapitel des Jesajabuches kleidet der Prophet seine Botschaft vom Verhängnis seines Volkes in das Bild eines Risses, der sich, zunächst kaum sichtbar, immer weiter in eine hohe Mauer frisst, bis der Mörtel rieselt, der die Steine hält, ja bis am Ende die ganze Mauer einstürzt. Aus der prophetischen Perspektive ist der Zusammenbruch deshalb unausweichlich, weil das Volk sich auf falsche Sicherheiten verlassen hat und den lebensdienlichen Geboten Gottes nicht gefolgt ist.

Der Titel der vorliegenden Schrift spielt auf diesen biblischen Text an. Bereits vor zwei Jahren habe ich an ihn in einem Appell zum Klimawandel („Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel“, EKD-Texte 89, 2007) angeknüpft. Nun nehmen wir diesen Abschnitt des Alten Testaments wieder auf. Denn die Erschütterungen durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind von den Herausforderungen des Klimawandels nicht zu trennen. Beide fordern, über eine kurzfristige Krisenbewältigung hinaus, zu einem gründlichen Wandel des Denkens und Handelns heraus. Aus dem geforderten Umschwung muss eine Umkehr werden. Für sie lassen wir uns von der prophetischen Weisung leiten. An sie knüpfen wir nicht nur mit dem Titel dieser Veröffentlichung im Ganzen, sondern auch mit den Überschriften für ihre einzelnen Kapitel an.

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise darf, aus der Perspektive der nötigen Umkehr gesehen, nicht isoliert betrachtet werden. Sie rückt vielmehr in den Horizont nachhaltiger Entwicklung. Kurzfristig angelegte Maßnahmen müssen auf ihre Vereinbarkeit mit weltweiter Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit ebenso geprüft werden wie auf ihre Umweltverträglichkeit. Eine Stabilisierung der Märkte um den Preis weiter zunehmender Armut, auf Kosten nachfolgender Generationen oder verbunden mit weiteren Umweltbelastungen würde in kurzer Zeit die nächste Krise heraufbeschwören.

Solche Fragen werden in den Kirchen seit langem diskutiert. Doch die Stimmen derer wurden auch in den Kirchen nicht ernst genug genommen, die seit Jahren vor einer Fehlorientierung warnen: die Stimmen der Wissenschaftler, die für ein nachhaltiges Wirtschaften werben, und der Partner aus der weltweiten Ökumene, die auf die Folgen wirtschaftlicher Abhängigkeit und des Raubbaus an Rohstoffen und Energievorräten für die Ärmsten der Armen aufmerksam machen.

Ein neuer Dialog über ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Wirtschaften in Zeiten der Globalisierung hat gerade erst begonnen. Unübersehbar zeigt sich die Notwendigkeit, die tragenden Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Herausforderungen nachhaltigen Wirtschaftens weiterzuentwickeln. Die Lösung von Einzelproblemen reicht nicht zu. Es ist an der Zeit, globale Rahmenbedingungen für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften weltweit zu vereinbaren und die dafür nötigen Regelungen durchzusetzen. Daran wird sich erweisen, ob diese Krise heilsam ist.

Eine soziale und nachhaltige Marktwirtschaft ist auf klare moralische Grundlagen angewiesen. Um das Bild aus dem Buch Jesaja aufzunehmen; es geht um das ethische Fundament, das die Mauer trägt, um den Mörtel des Vertrauens, der die Steine zusammenhält. Die entscheidende Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft ist Freiheit in Verantwortung. Die gegenwärtige Krise zeigt deutlich, dass nur verantwortete Freiheit wirkliche Freiheit ist. Das gilt für Wirtschaft und Politik ebenso wie für das persönliche Verhalten. Freiheit ohne Verantwortung verkommt. Wo die Achtsamkeit für die Konsequenzen des eigenen Handelns fehlt, zerfällt das Gemeinwohl. Wo es an Zuwendung zum Mitmenschen mangelt, zerbrechen tragende Gewissheiten. Der Rat der EKD will Vertrauen und Verantwortung stärken und Mut machen für eine Zukunft in Freiheit und Gerechtigkeit. Wir mahnen zur Umkehr – spät, aber hoffentlich nicht zu spät.

Hannover, im Juni 2009

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Vorsitzender des Rates
der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

Das Ganze im Überblick

1. **Worum geht es in der Krise?** Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verlangt auf allen Seiten ein umsichtiges Krisenmanagement. Die Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln in der nationalen und internationalen Politik und zwischen Politik und Wirtschaft ist erkennbar gewachsen. Es geht aber nicht allein um die Organisation politischer Abstimmungsprozesse. Gebraucht werden auch Antworten auf tiefer liegende Fragen: Wie bildet sich Vertrauen? Auf welchem Nährboden wächst Verantwortung? Was ist nötig, damit Menschen den Mut finden, Schuld und Irrtümer einzugestehen und neue Wege zu beschreiten? Es geht um nicht weniger als um ein tragfähiges ethisches Fundament. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Die Kirchen stehen dabei in einer besonderen Verantwortung.

2. **Was ist die Aufgabe eines kirchlichen Wortes?** Der Leitsatz für die kirchliche Einmischung in die Politik lautet: Die Kirchen wollen nicht selbst Politik machen, sie wollen Politik möglich machen. Die Erschütterungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise fordern genauso wie Umweltkrise und Klimawandel jenseits der kurzfristigen Bewältigung zu einem grundlegenden Wandel heraus. Orientierung für ein neues Denken und Handeln finden Christen in der biblischen Botschaft. Aus der Gewissheit des Glaubens wächst die Zuversicht, dass diese Neuorientierung nicht zu spät kommt.

3. **Was sind die Ursachen der Krise?** Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise ist ein Mangel an Verantwortung im Umgang mit Risiken. Dieser Mangel zeigte sich in Finanzmarkt- und Wirtschaftsunternehmen, im staatlichen Handeln und im individuellen Verhalten: Auf allen Ebenen griff eine Mentalität des „schnellen Geldes“ um sich.

4. **Wie geht es weiter?** Für die Bewältigung der Krise sind konjunkturpolitische Maßnahmen und eine wirksame Regulierung der globalen Finanzmärkte nötig. Zu unterscheiden sind kurzfristig, mittelfristig und langfristig angelegte Konzepte: Kurzfristig wird der Krise in den meisten Ländern durch Konjunkturprogramme begegnet. Die Kosten werden von der Allgemeinheit getragen; letzten Endes müssen sie von den künftigen Generationen aufgebracht werden. Nicht zu leugnen ist die Gefahr, dass sich mit der Bewältigung der Krise die soziale Ungleichheit weiter verschärft, weil nach der Überbrückung durch staatliche Bürgschaften und Steuergelder zukünftige Unternehmensgewinne wieder privatisiert werden. Mittelfristig ist es erforderlich, die Finanzmärkte einer stärkeren, effizienten und globalen Regulierung zu unterwerfen. Langfristig kommt es darauf an, die Risiken für die zukünftigen Generationen, für die armen Länder und für die natürlichen Grundlagen des Lebens als den Kern künftiger Krisen zu erkennen und rechtzeitig gegenzusteuern.

5. Woran sollen wir uns langfristig orientieren? Es ist dringend geboten, über das Krisenmanagement hinaus zu denken. Die Idee einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft leitet uns bei unseren Überlegungen zur Beherrschung der Risiken einer globalen Wirtschaft. Dies lässt sich in zehn Orientierungspunkten entfalten:

- (1) Notwendig sind eine klare Regulierung und eine wirksame Aufsicht für alle Finanzmarktakteure und -produkte auf allen Finanzmärkten sowie die Verhinderung von Steueroasen.
- (2) Konjunkturprogramme sind vorrangig am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.
- (3) Das Konzept der klassischen Sozialen Marktwirtschaft bedarf der Erweiterung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft.
- (4) Der Staat bzw. supranationale Organisationen haben die unvertretbare Aufgabe, wirksame Rahmenordnungen für die Märkte zu etablieren. Globale Institutionen wie die Vereinten Nationen sowie IWF und Weltbank müssen auf eine verbesserte Legitimationsgrundlage gestellt und in der Effektivität ihrer Arbeit gestärkt werden.
- (5) Die EU ist der politische Gestaltungsraum für eine ökologisch orientierte Soziale Marktwirtschaft der in ihr vereinigten Nationalstaaten.
- (6) Die Ziele der Millennium Development Goals müssen politisch verfolgt und durchgesetzt werden.
- (7) Die sozialen Sicherungssysteme müssen gestärkt und auch für die kommenden Generationen funktionsfähig erhalten werden.
- (8) Die Kosten der Krise müssen vor allem von den Stärkeren getragen und dürfen nicht nur den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden.
- (9) Vermehrte Zukunftsinvestitionen, Schuldenabbau und allgemeine Steuersenkungen stehen als politische Ziele in Spannung zueinander. Unter den Gesichtspunkten der längerfristigen Finanzierung und Inflationsvermeidung muss sorgfältig abgewogen werden, welche Maßnahmen derzeit vordringlich sind.
- (10) Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch weit anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Der individuelle Eigennutz, der ein tragendes Strukturelement der Marktwirtschaft ist, kann isoliert zum zerstörerischen Egoismus verkommen. Über die politische und wirtschaftliche Rahmensetzung hinaus ist es eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben. Die Balance zwischen persönlichem Wohlergehen und sozialer und ökologischer Verantwortung geht jeden an. Sie ist nicht zuletzt eine Frage des Lebensstils.

6. Was gibt Zuversicht? Niemand weiß, was die gegenwärtige Krise noch bringen wird und was jedem Einzelnen an Zumutungen bevorsteht. In dem Glauben, dass Gott aus allem Gutes entstehen lassen kann und will, kann alle Angst vor der Zukunft überwunden werden.

I. „Wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer“ *Worum geht es in der Krise?*

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise schafft Verunsicherung. Vielen wird die Wirtschafts- und Finanzwelt unheimlich, wenn sie es nicht schon war. Solange Wirtschaft und Handel florieren, finden sich viele damit ab, dass sie nicht genau wissen, wie und unter welchen Bedingungen das System funktioniert. Wenn Menschen aber um ihren Arbeitsplatz bangen, erleben sie den Verlust sozialer Sicherheit als Bedrohung der persönlichen Existenz. Fragen nach einer gerechteren Gestaltung des gegenwärtigen marktwirtschaftlichen Systems kommen auf.

Zur Rettung von Finanzinstitutionen werden Summen aufgewendet, die sich bisher niemand vorstellen konnte. Banken und Firmen, die ansonsten bankrott gehen würden, werden jenseits von Schuld und Versagen mit Milliardengarantien gerettet, weil sie als „systemrelevant“ eingeschätzt werden. Solche Rettungsaktionen erzeugen Bitterkeit – nicht nur bei denen, deren soziale oder ökologische Reformvorstöße in der Vergangenheit mit dem Argument abgewehrt wurden, es sei kein Geld da. Ein besonderes Ärgernis ist, dass die Verursacher und Profiteure der Krise gegebenenfalls nicht für die Konsequenzen ihres Handelns haften werden, während die Allgemeinheit für die Bewältigung der Folgen aufkommen muss.

Alle, die in Politik und Wirtschaft Verantwortung tragen, stehen vor großen Herausforderungen. Krisenmanagement ist gefragt. Parteiübergreifend und international ist die Bereitschaft zu abgestimmtem Handeln erkennbar gewachsen. Das ist mit Respekt zu vermerken. Aber niemand kann heute sagen, welche Entscheidungen am Ende wirksam und erfolgreich sein werden. Jede Handlungsstrategie ist unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr als ein Versuch. Jeder Versuch aber erfordert große staatliche Aufwendungen, die nur einmal aufgebracht werden können. Und dennoch: Politisches und wirtschaftliches Handeln will und muss Vertrauen schaffen – Vertrauen in die Fähigkeit zur grundlegenden Reform des bestehenden Systems und Vertrauen in die eigenen Kräfte.

Dabei geht es nicht allein um die Organisation politischer Prozesse und wirtschaftlichen Managements. Gebraucht werden auch Antworten auf Fragen, die uns alle angehen und dennoch selten gestellt werden: Wie bildet sich Vertrauen? Auf welchem Nährboden wächst Verantwortung? Was ist nötig, damit Menschen den Mut finden, Irrtümer einzugestehen und neue Wege zu beschreiten?

Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist nicht nur eine politische oder wirtschaftliche Frage. Es geht um nicht weniger als um ein tragfähiges ethisches Fundament. Die Einsicht, dass Menschen immer wieder schuldig werden und in Irrtum verstrickt sind, drängt sich auf. Sie lassen sich zum Missbrauch ihrer Freiheit

verführen und brauchen die Kraft zum Neuanfang. Der Zuspruch der Vergebung gewinnt ebenso praktische Bedeutung wie der Aufruf, von der eigenen Freiheit einen verantwortlichen Gebrauch zu machen. Bei der Vergewisserung über ein tragfähiges ethisches Fundament ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Die Kirchen stehen dabei in einer besonderen Verantwortung.

II. „So geh nun hin ...“

Was ist die Aufgabe eines kirchlichen Wortes?

Wenn die Kirchen öffentlich reden, orientieren sie sich an der Heiligen Schrift. Wir orientieren uns in der gegenwärtigen Krise an einem Wort aus dem Buch des Propheten Jesaja. Im 30. Kapitel vergleicht der Prophet die Missachtung von Gottes Gebot mit einem Riss in einer hoch aufragenden Mauer: Euch soll „diese Sünde sein wie ein Riss, wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer, die plötzlich, unversehens einstürzt“. Das ist ein starkes Bild, auch heute noch. Die Verantwortungslosigkeit, die in die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hineingeführt hat, kann katastrophale Folgen haben – wie der Riss in einer hohen Mauer, der zunächst kaum sichtbar ist, aber immer weiter aufreißt und die Mauer zum Einsturz bringen wird. Aus der prophetischen Perspektive lässt sich das Verhängnis nicht mehr aufhalten. Noch suchen die Menschen nach Halt. Aber die Sicherheiten sind nur Schein, sie brechen ein. Der Prophet spricht aus, warum der Zusammenbruch unausweichlich ist:

„So geh nun hin und schreib es vor ihnen nieder auf eine Tafel und zeichne es in ein Buch, damit es an einem künftigen Tag Zeuge ist für alle Zeiten. Denn sie sind ein ungehorsames Volk und verlogene Söhne, die nicht hören wollen auf die Weisung des Herrn, sondern sagen zu den Sehern: „Ihr sollt nicht sehen!“ und zu den Schauern: „Was wahr ist, sollt ihr uns nicht schauen! Redet zu uns, was angenehm ist, schauet, was das Herz begehrt! Weicht ab vom Wege, geht aus der rechten Bahn! Lasst uns doch in Ruhe mit dem Heiligen Israels!“ Darum spricht der Heilige Israels: Weil ihr dies Wort verwerft und verlasst euch auf Frevel und Mutwillen und trotzet darauf, so soll euch diese Sünde sein wie ein Riss, wenn es beginnt zu rieseln an einer hohen Mauer, die plötzlich, unversehens einstürzt. Denn so spricht der Herr; der Heilige Israels: Wenn ihr umkehrtet und stille bliebet, würde euch geholfen; durch Stillesein und Hoffen würdet ihr stark sein. Aber ihr wollt nicht ...“

(Jesaja 30, 8-15)

Diese Worte aus dem Jesajabuch sind eine Art biblisches Vermächtnis, ganz konzentriert auf *einen* Gedanken und *ein* Bild. Der Prophet lässt uns wissen: Es gibt ein „Zu spät“. Auch wenn *wir* deutlich machen wollen, dass es Wege aus der Krise gibt – *diese* Gefahr dürfen wir nicht verschweigen. Prophetische Worte erledigen sich nicht. Jesaja hat in seiner Zeit den Zusammenbruch angekündigt. Nachfolgenden Generationen aber wird die Ankündigung zur Warnung: „*Wenn* ihr dies Wort verwerft und verlasst euch auf Frevel und Mutwillen und trotzet darauf, so soll euch diese Sünde sein wie ein Riss ...“ Wer so die Gründe für die Katastrophe benennt, weist damit zugleich den Weg für die Rettung: Bleibt nicht auf dem falschen Weg! Euch ist gesagt, was gut ist! Beruft euch nicht auf Leute, die euch bloß nach dem Munde reden! Wer das prophetische Wort so hört, spürt seine Aktualität. Denn es

gab, auch in der weltweiten Christenheit und hierzulande, seit langem Stimmen, die auf tiefgreifende Änderungen auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaftspolitik drängten. Aber die angenehmen und beruhigenden Botschaften wurden vorgezogen. So sind wir Menschen. Es ist schwer, neue Wege zu wagen! Aber wer Verantwortung übernehmen will, muss die Warnungen ernst nehmen und mutig neue Schritte gehen. Wenn die Kirchen sich jetzt in die Politik einmischen, geht es nicht darum, Politik zu machen. Es geht darum, politisches Handeln zu ermöglichen. Auch wenn niemand angesichts einer solchen Krise im voraus übersehen kann, wie weit das eigene Denken und Handeln trägt, gilt es doch, nach bestem Wissen und Gewissen die notwendigen Entscheidungen zu treffen und das Menschen Mögliche zu tun, damit auch die nächsten Generationen Leben und Zukunft haben. Mehr ist von uns Menschen nicht verlangt, aber auch nicht weniger. Die Zukunft liegt in Gottes Hand. Darauf verlassen wir uns.

III. „Was wahr ist“, sollt ihr schauen! Schauet nicht, „was das Herz begehrt“! *Was sind die Ursachen der Krise?*

Ausgangspunkt der Finanzmarktkrise ist nach dem weithin übereinstimmenden fachlichen Urteil ein Mangel an Verantwortung, bis hin zur Verantwortungslosigkeit. Nicht mehr kontrollierbare Risiken wurden in Kauf genommen, weil man auf diese Weise Wachstumschancen und hohe Renditen erwartete. Das gilt für die Akteure auf den Finanzmärkten ebenso wie für die Aufsichts- und Regulierungsorgane und die Vergütungsanreize, die in den Unternehmen gesetzt wurden, es gilt aber auch für die politisch Verantwortlichen. Im Vordergrund steht das Versagen Einzelner und bestimmter Gruppen. Die Orientierung am schnellen Geld hat jedoch in den letzten Jahren auch weite Kreise der Bevölkerung erreicht.

Aufgrund wachsender globaler Absatzmärkte wurden die Umsätze auf den Finanzplätzen fortwährend ausgeweitet. „Geld auf Pump“ schien unendlich zu fließen. Neue Finanzprodukte wurden erfunden, die es Banken erlaubten, ihre Kreditrisiken weiter zu verkaufen oder scheinbar effektiv zu versichern. Das sollte die Risiken weltweit verteilen und so die Finanzmärkte stabiler machen. Die staatliche Regulierung und eine effektive Aufsicht haben mit diesen Prozessen nicht Schritt gehalten; vorhandene Regulierungen wurden sogar zurückgenommen. Man verließ sich auf die Bewertungen scheinbar objektiver und unabhängiger Ratingagenturen. Sie konnten die erforderliche Transparenz aber nicht schaffen, da auch sie bestimmte Entwicklungen auf den Finanzmärkten falsch einschätzten. Krisen oder sich selbst erfüllende Prognosen wurden in die Bewertung nicht einbezogen. Interessenkollisionen und die zunehmende Komplexität der Produkte verhinderten letztlich eine umfassende Transparenz und damit auch eine globale, effektive und gesamtwirtschaftlich angemessene Regulierung und die entsprechende Aufsicht. Sie sind aber unabdingbar, um Fehlentwicklungen zu vermeiden, individuelle Verantwortung zuzuweisen und Verantwortliche in Haftung zu nehmen.

Dies alles trifft auf eine Weltwirtschaft mit erheblichen Ungleichgewichten. Im Zentrum steht die Verschuldung in den USA. Finanziert wurde diese Entwicklung durch große Schwellenländer und rohstoffreiche Länder, die in diesem Zusammenhang ungeheure Devisenreserven – und in manchen Ländern auch enormen privaten Reichtum – anhäuferten. Steueroasen trugen dazu bei, dass Unternehmen und Wohlhabende sich der Verpflichtung entzogen, einen angemessenen Teil ihres Wohlstands dem Gemeinwohl zugute kommen zu lassen. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird jedoch in ihren Fundamenten beschädigt, wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.

Im Rückblick zeigt sich: Die Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Risiken breitete sich auf vier Ebenen aus. Auf der *politischen Ebene*, das heißt insbesondere im *staatlichen Handeln*, haben die Regulierung der Finanzprodukte und die Aufsicht über die Finanzmärkte mit der Entwicklung nicht mitgehalten. Das war zu erheblichen Teilen von der Finanzindustrie gefordert und von den politischen Akteuren beabsichtigt. Deshalb widerstanden die Regierungen der Reduzierung staatlicher Einflussnahme nicht deutlich genug. Banken des öffentlichen Sektors wollten auf den Finanzmärkten wie private Institute agieren und ähnlich hohe Renditen erzielen. Auf diese Weise wurde die Aufsichtsfunktion des Staates durch Interessenkollisionen beeinträchtigt. Als Mitakteur am Markt setzte der Staat die Regeln für die Märkte nur noch in unzureichender Weise durch.

Auf der Ebene der *Finanzmarkt- und Wirtschaftsunternehmen* griff eine Orientierung an Geschäftszielen um sich, die einseitig an den Kapitalinteressen und deshalb auf schnelle und hohe Gewinne ausgerichtet waren. Man glaubte, den Umfang und die Struktur der Risiken im eigenen Einflussbereich berechnen und beherrschen zu können. Die global und gesamtwirtschaftlich sich entwickelnden Risiken aber nahm man sehenden Auges in Kauf oder maß ihnen keine Bedeutung bei. Im Weltmarkt agierende Unternehmen mussten ungeachtet der damit einhergehenden Risiken die höchsten Renditen erzielen, die in ihrer Branche erreichbar waren. Diese Ausrichtung wurde dadurch verstärkt, dass die Gehälter der Führungskräfte über Anreize, wie z.B. hohe Boni, daran gekoppelt waren, möglichst kurzfristig hohe Erträge zu erwirtschaften. Solche Strukturen untergraben ein unternehmerisches Ethos, das sich an einer langfristigen Unternehmensentwicklung orientiert.

Die Ursachen der Krise haben auch eine *individualethische Dimension*: Die Handelnden haben ihre Freiheit allein zur unmittelbaren Verwirklichung von Einzelinteressen genutzt. Verantwortlich handelt aber nur derjenige, der die eigenen Entscheidungen auf ihre Folgen hin ansieht und darauf prüft, dass sie anderen keinen Schaden zufügen. Dies gilt angesichts der globalen Verflechtungen und Abhängigkeiten heute auch weltweit.

Zu den ursächlichen Faktoren der Krise gehört schließlich eine allgemeine *Mentalität* des schnellen Geldes. Wie selbstverständlich wurden auch von Verbrauchern kurzfristig hohe Renditen erwartet, ohne sie ins Verhältnis zu den damit verbundenen hohen Risiken zu setzen. Spekulative Geschäfte wurden durch eine verbreitete Gier genährt, ein Laster, das nicht auf Manager beschränkt, sondern in der gesamten Gesellschaft anzutreffen ist.

Auch die Wirtschaftstheorie wird nach dieser Krise nicht unverändert bleiben können. Die Vorstellung von durchweg effizient funktionierenden Finanzmärkten ist durch die Krise widerlegt worden. In der vorherrschenden Wirtschaftstheorie gilt

das Risiko einer umfassenden globalen Krise deswegen als so gut wie ausgeschlossen, weil sie auf der Annahme beruht, dass im idealtypischen Markt aufgrund der Markttransparenz alle Marktteilnehmer jederzeit umfassend informiert seien. In besonderer Weise wurde das für die Finanzmärkte angenommen, die mit der von den Ratingagenturen erzeugten scheinbaren Transparenz die Risiken sozusagen von selbst vermindern würden. Es ist jetzt nur zu deutlich geworden, dass es solche idealen Märkte – auch im Finanzbereich – nicht gibt. In der Wirklichkeit der Märkte ist mit Ungleichgewichten in der Information und der Kompetenz der Marktteilnehmer zu rechnen. Umso höhere Bedeutung kommt dem gegenseitigen Vertrauen zu. Das gilt insbesondere für das Verhältnis zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern im nationalen wie internationalen Rahmen. Mehr denn je ist deutlich geworden, dass das gegenseitige Vertrauen aller Beteiligten von grundlegender Bedeutung für den nachhaltigen Erfolg des heutigen Wirtschaftens ist. Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung ist darauf angewiesen, dass politische Rahmensetzungen für Transparenz, Verantwortung und Haftung sorgen und dass die Führungs- und Anreizsysteme in den Unternehmen keine Einladung zum Missbrauch darstellen.

Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich. In Zukunft bedarf es sowohl einer robusten Regulierung der Weltfinanzmärkte als auch einer wirksamen Regelung für die Haftung der „Verantwortlichen“. Freiheit, die von der Verantwortung entkoppelt ist, zerstört sich am Ende selbst.

Mit der Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“, die wir 2008 noch vor der Finanzmarktkrise veröffentlicht haben, bekräftigen wir:

Durch die Globalisierung „ist auch die Verantwortung der Politik gewachsen, der Wirtschaft Rahmenbedingungen vorzugeben und ihre Einhaltung zu prüfen – eine Verantwortung, der die nationale Politik insbesondere mit internationalen Vereinbarungen gerecht werden muss“ (S. 57).

IV. „Wenn ihr umkehrtet ..., so würde euch geholfen.“ *Wie geht es weiter?*

Es ist offenkundig, dass diese Krise nur politisch – und zwar gemeinsam in der internationalen Staatengemeinschaft – bewältigt werden kann. Einigkeit besteht weithin darüber, dass es kurzfristig die vorrangige Aufgabe der Politik ist, für Stabilität auf den Finanzmärkten zu sorgen und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Dazu müssen „systemrelevante Komponenten“ der Finanzmärkte erhalten werden. Die kurzfristig notwendigen Stabilisierungsmaßnahmen sollten aber im Einklang mit langfristig sinnvollen neuen Regulierungen der Finanzmärkte stehen.

Die internationalen Diskussionen haben deutlich unterschiedliche Auffassungen darüber offenbart, wann und wie der „Tiefpunkt“ der Krise erreicht sein wird, das heißt: in welchem Ausmaß Kreditausfälle zu Tage treten werden und wie intensiv die Realwirtschaft in die Krise hineingezogen werden wird. Daher gibt es erhebliche Differenzen in den Krisenbewältigungsstrategien. Die einen setzten sehr rasch auf eine intensive Konjunkturpolitik, um neue Wachstumsimpulse zu erzeugen. Den anderen ging es zunächst vorrangig darum, die Krise an ihrem Ursprung, also in den schlecht regulierten Finanzmärkten, zu bekämpfen. Inzwischen geben alle Industrienationen umfassende konjunkturelle Impulse, um die Wirtschaftskrise zu bekämpfen, *und* bekennen sich zu einer verbesserten Finanzmarktregulierung, um die Finanzmarktkrise zu bewältigen.

Kurzfristig wird der Krise in den meisten Ländern durch Konjunkturprogramme begegnet. Es besteht allerdings die große Gefahr, dass die Kosten hierfür in sozial unangewogener Weise über den Abbau staatlicher Leistungen und Reduktionen bei den sozialen Sicherungssystemen, vor allem aber zu Lasten künftiger Generationen aufgebracht werden müssen.

Wenn die Finanzmärkte nicht international reguliert werden, werden sie sich erneut von der Realwirtschaft abkoppeln – mit den bekannten Risiken. Zudem wird der derzeitige hohe Kapitalbedarf der entwickelten Industrieländer dazu führen, dass den Schwellen- und Entwicklungsländern die Kapitalbeschaffung erheblich erschwert wird.

Mittelfristig kann diese Krise nur durch eine politische Gestaltung der Finanzmärkte bewältigt werden. Die ersten internationalen Gipfeltreffen lassen einen politischen Willen erkennen, die Weltfinanzmärkte besser als bisher zu regulieren. Ob es tatsächlich gelingt, mit hohem Risiko behaftete Finanzmarktprodukte konsequent zu regulieren oder sogar zu verbieten und Steuerhinterziehung in den so genannten Steueroasen zu unterbinden, ist noch offen. Prinzipiell scheint jedoch das vorherrschende Paradigma von Wachstum und Wettbewerb unangetastet zu blei-

ben. Ziel der Wirtschafts- und Ordnungspolitik bleibt zur Zeit offenbar die Herstellung neuer Impulse für quantitatives Wirtschaftswachstum.

Langfristig können Krisen dieses Ausmaßes nur durch ein umfassendes Umsteuern der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik bewältigt und verhindert werden. Dabei genügt es nicht, die zutage getretenen Risiken heutigen Wirtschaftens in den Blick zu nehmen. Es ist vielmehr überlebenswichtig, auch die Risiken für die zukünftigen Generationen, für die armen Länder und für die natürlichen Grundlagen des Lebens als Kern *künftiger* Krisen zu erkennen. Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise muss deshalb über die Veränderung der internationalen Finanzmarktregulierung hinaus zu internationalen Abkommen führen, die der nachhaltigen Entwicklung in den armen Ländern des Südens, der sozialen Sicherung, der Begrenzung und Milderung der Folgen des Klimawandels und der Sicherung von Ernährung und natürlichen Ressourcen dienen. Wenn das gelingt, wird die Krise zur Chance dafür, Elemente einer Rahmensetzung für eine freiheitliche Wirtschaftsordnung über die nationale Ebene hinaus zu entwickeln und Impulse für eine Neuorientierung der Wirtschaft am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu setzen.

V. Verlasst euch nicht trotzig „auf Frevel und Mutwillen“! *Woran sollen wir uns orientieren?*

Wege aus der Finanz- und Wirtschaftskrise müssen in einer langfristigen Perspektive die ökologischen Herausforderungen und die Bekämpfung der absoluten Armut in der Welt einbeziehen. So wie die Verfechter des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft aus der Analyse der Probleme, die der Weltwirtschaftskrise der zwanziger und dreißiger Jahre des letzten Jahrhunderts zugrundelagen, und aus der Untersuchung ihrer politischen Auswirkungen gelernt haben, so ist es auch in dieser Krise an der Zeit, die Entwicklung weiterzudenken. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft, die einen Weg aus der Krise der freien Marktwirtschaft durch Integration des Leitbilds sozialer Gerechtigkeit suchte, muss heute um Gesichtspunkte der ökologischen Verträglichkeit und der internationalen Gerechtigkeit ergänzt werden. Eine derart erweiterte Idee einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft leitet uns bei unseren Überlegungen zur Beherrschung der Risiken einer globalen Wirtschaft. Eine darauf beruhende globale Rahmenordnung braucht als Ziele

- eine Wirtschaft, die den Menschen heute dient, ohne die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu zerstören, sowie
- eine (Welt-)Gesellschaft, die die Verbesserung der Situation ihrer ärmsten und schwächsten Mitglieder zu ihrer vorrangigen Aufgabe macht, und
- schließlich ein Finanzsystem, das sich in den Dienst dieser Aufgabe stellt.

Gerade jetzt besteht die Gefahr, in Denkmuster zurückzufallen, in denen wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung als Gegensätze begriffen wurden. Eine um Nachhaltigkeitsfaktoren erweiterte Soziale Marktwirtschaft kann verhindern, dass die erreichten Erfolge eines ökologisch orientierten Umbaus wieder preisgegeben werden und die soziale Gerechtigkeit durch eine weiter wachsende Ungleichheit zunehmend beschädigt wird.

Werden Rahmenbedingungen der Weltfinanzmärkte geschaffen, die nicht streng genug sind, um ökologisch und sozial zukunftsfähige Ordnungsstrukturen auf den Weltfinanz- und -gütermärkten zu etablieren, besteht die Gefahr, dass sich die Krisenspirale weiter dreht. Die Krise der internationalen Verschuldung in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts und der Zusammenbruch der New Economy in den Jahren 2001 und 2002 bewirkten eine erhebliche Kapitalvernichtung. Sie führten dennoch zur Deregulierung statt zu einer kontrollierten Weiterentwicklung der Weltmärkte – mit ungeahnten Risiken und noch immer unsicherem Ausgang. Eine Orientierung der Politik und der Wirtschaft am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung und des qualitativen Wachstums ist deshalb langfristig die zentrale Herausforderung. Selbst wenn diese Politik zu vergleichsweise niedrigerem quantitativem Wachstum führte, wäre sie zum Nutzen der meisten

Menschen auf der Erde und der Natur. Hierfür braucht es in Zukunft eine verbindliche Abstimmung im internationalen Bereich.

Wir ermutigen die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, Wege zu suchen, die über die kurzfristige Stabilisierung hinaus eine langfristige Bewältigung der Krisen in der Welt ermöglichen. Dazu geben wir die folgenden *Orientierungspunkte* zu bedenken:

1. Die Rahmenbedingungen der globalen Finanzmärkte sind so zu ändern, dass weitere spekulative Aufblähungen flüchtiger Finanzblasen so weit wie möglich verhindert werden. Nötig *sind dafür eine klare Regulierung und eine wirksame Aufsicht* für alle Finanzmarktakteure und -produkte auf allen Finanzmärkten, nicht nur für die Banken. Steueroasen müssen verhindert werden.
2. Konjunkturprogramme sind vorrangig am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Gefördert werden sollten vor allem Maßnahmen zur Steigerung der Energie- und Rohstoff-Effizienz und Investitionen in Bildung als Quelle für zukünftigen gesellschaftlichen Wohlstand.
3. Das Konzept der klassischen Sozialen Marktwirtschaft bedarf der Ergänzung. Dies haben die evangelische und die katholische Kirche bereits in ihrem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1997 gefordert: „Grundlegend muss die Erneuerung der wirtschaftlichen Ordnung auf ihre Weiterentwicklung zu einer sozial, ökologisch und global verpflichteten Marktwirtschaft zielen. Wer die natürlichen Grundlagen des Lebens nicht bewahrt, zieht aller wirtschaftlichen Aktivität den Boden unter den Füßen weg. Solidarität und Gerechtigkeit können ihrem Wesen nach nicht auf das eigene Gemeinwesen eingeschränkt, sie müssen weltweit verstanden werden. Darum müssen zur sozialen die ökologische und globale Verpflichtung hinzutreten“ (Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Gemeinsame Texte 9, S. 10).
4. Nach dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft muss der Staat – in Zeiten der Globalisierung ist dies die Aufgabe supranationaler Organisationen – Rahmenordnungen für den Markt schaffen und die Rolle als Schiedsrichter einer fairen Wettbewerbsordnung übernehmen. Eine wirksame Rahmenordnung braucht mehr internationale Verständigung, mehr Distanz zwischen Politik und Wirtschaft und vor allem politische Gestaltungskraft. Globale Institutionen – wie die Vereinten Nationen sowie IWF und Weltbank – müssen auf eine verbesserte Legitimationsgrundlage gestellt und in der Effektivität ihrer Arbeit gestärkt werden.

5. Die Europäische Union ist der nächstliegende politische Gestaltungsraum der in ihr vereinigten Nationalstaaten. Sie muss einen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Rahmen setzen, Wettbewerbsverzerrungen durch Regulierung begrenzen und Impulse für Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels und zur Stärkung der sozialen Sicherung in den Mitgliedsstaaten geben. In der globalen Wirtschaft muss sie den Einfluss eines kontinentaleuropäischen Verständnisses politischer Rahmensetzung für wirtschaftliche Freiheit stärken.
6. Die Ziele der Millennium Development Goals müssen durch den Abbau der Handelsbarrieren, durch eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Entwicklungsbanken und direkte Hilfen für die ärmsten Länder weiter verfolgt werden. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass die armen Länder, die von der aktuellen Krise besonders betroffen sind, ohne maßgeblich zu ihrem Entstehen beigetragen zu haben, massiv unterstützt werden. Bei den weiteren Schritten zu einer angemessenen Reaktion auf die Globalisierung ist darauf zu achten, dass lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe sozusagen als „Sicherungsnetz“ gegen die weltweite Übertragung von Krisen gefördert werden.
7. Die sozialstaatlichen Sicherungssysteme müssen so gestaltet werden, dass sie gerade in der Krise ihrer Aufgabe gerecht werden, Solidarität zu stabilisieren und Existenzängste zu reduzieren. Wie sich gerade in Deutschland und Mitteleuropa zeigt, haben sie zudem auch die Funktion der Stabilisierung von Kaufkraft und damit der Dämpfung von Krisenfolgen.
8. National und international müssen die Kosten der Krise vor allem von den Stärkeren getragen werden. Sie dürfen nicht über den Abbau von Sozialleistungen aufgebracht und vorrangig den nachfolgenden Generationen aufgebürdet werden. Mit der Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ bekräftigen wir: „Zur sozialen Gestaltung der fortschreitenden Globalisierung bedarf es weltweit gültiger Spielregeln. Dabei sollte das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft die globalisierten Entwicklungen auch international prägen. Es geht darum, Kriterien der gerechten Teilhabe aller bzw. der sozialen Inklusion weltweit zu verankern“ (a.a.O. S. 98). Eine nachhaltige Politik bleibt auch denen rechenschaftspflichtig, die gegenwärtig keine politische Stimme haben.
9. Vermehrte Zukunftsinvestitionen, Schuldenabbau und allgemeine Steuersenkungen stehen als politische Ziele in Spannung zueinander. Unter den Gesichtspunkten der längerfristigen Finanzierung und Inflationsvermeidung muss sorgfältig abgewogen werden, welche Maßnahmen derzeit vordringlich sind.

10. Politische Ordnungen und Regulierungen können nicht vollständig verhindern, dass Einzelne ihr Eigeninteresse absolut setzen und sich dem Gemeinwohl gegenüber rücksichtslos verhalten. Der Erfolg des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft hängt wesentlich von der moralischen Prägung und dem ethischen Verhalten der Verantwortungsträger ab. Politische Rahmensetzungen und die Verantwortlichkeit der Einzelnen gehören zusammen. In einer globalen Wirtschaft, in der die Missbrauchsgefahren deutlich gewachsen sind, ist es wichtiger denn je, moralische Verpflichtungen und soziale Werte bewusst zu machen und die Gewissen zu schärfen. Nötig sind ethische Diskurse auf allen Ebenen der Gesellschaft wie der Unternehmen. Daher bekräftigen wir den Appell aus dem Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997: „Die Strukturen allein reichen ... nicht. Eine sozial, ökologisch und global verpflichtete Marktwirtschaft ist moralisch viel anspruchsvoller, als im Allgemeinen bewusst ist. Die Strukturen müssen, um dauerhaften Bestand zu haben, eingebettet sein in eine sie tragende und stützende Kultur. Der individuelle Eigennutz, ein entscheidendes Strukturelement der Marktwirtschaft, kann verkommen zum zerstörerischen Egoismus ... Es ist eine kulturelle Aufgabe, dem Eigennutz eine gemeinwohlverträgliche Gestalt zu geben“ (a.a.O.).

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat – neben den zusammen mit der katholischen Kirche veröffentlichten Worten „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ (1997) und „Demokratie braucht Tugenden“ (2006) – mit ihren Denkschriften „Gemeinwohl und Eigennutz“ (1991), „Gerechte Teilhabe“ (2006) und „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ (2008) orientierende Texte für eine neue soziale und politische Kultur vorgelegt, für die insbesondere Barmherzigkeit und Solidarität, die Verantwortung für das Gemeinwohl und die gerechte Teilhabe aller in einem demokratischen Gemeinwesen wichtige Eckpfeiler bilden. Damit ist eine Aufgabe beschrieben, die jeden persönlich angeht: Die Balance zwischen persönlichem Wohlergehen und sozialer wie ökologischer Verantwortung ist nicht zuletzt eine Frage des eigenen Lebensstils.

VI. „Brich dem Hungrigen dein Brot ... Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten“*

Was gibt Zuversicht?

Gerade in der Krise können die biblischen Einsichten in die Verführbarkeit und Schuldverstrickung der Menschen, die Erzählungen von Zerstörung und Umbruch, aber auch die Botschaft von Errettung und Heilung Orientierung geben. Die Heilige Schrift macht deutlich: Wer sein Vertrauen auf Gott setzt, hat gute Aussichten, in Krisen standzuhalten. Gottvertrauen meint dabei eine Lebenseinstellung, wie Dietrich Bonhoeffer sie 1942 beschrieben hat:

„Ich glaube, dass Gott aus allem, auch aus dem Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. ... In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein.“

Niemand weiß heute, was die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise noch bringen wird, was an Bewahrung und was an Unglück sie für uns bereithält. Wer sein Vertrauen auf Gott setzt, der wird in allem, im Glück und im Unglück, Gott begegnen und seinen Geboten folgen. Die großen Verheißungen der Heiligen Schrift ermutigen dazu, dieses Gottvertrauen zu erlernen und im Bemühen um Gerechtigkeit einzuüben. Einer dieser Hoffnungstexte steht – ebenso wie das Wort vom Riss in der hohen Mauer – im Buch des Propheten Jesaja (58, 7-12). Auch wenn die beiden Texte sehr unterschiedlichen Zeiten entstammen, gehören sie inhaltlich zusammen: wie Krise und Chance, wie Umkehr und Rettung. Auch das prophetische Wort von dem Land und dem Volk, die wieder aufgerichtet werden, um zu sein „wie ein bewässerter Garten und wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt“, hat sich nicht erledigt, sondern geht mit dem Volk Gottes durch die Zeiten. Im Vertrauen auf Gott dürfen wir es auch auf unsere krisenhafte Lage und auf unsere Zukunft beziehen:

„Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn und entziehe dich nicht deinem Fleisch und Blut! Dann wird dein Licht hervorbrechen wie die Morgenröte, und deine Heilung wird schnell voranschreiten, und deine Gerechtigkeit wird vor dir hergehen, und die Herrlichkeit des Herrn wird deinen Zug beschließen. Dann wirst du rufen, und der Herr wird dir antworten. Wenn du schreist, wird er sagen: Siehe, hier bin ich. Wenn du in deiner Mitte niemanden unterjochst und nicht mit Fingern zeigst und nicht übel redest, sondern den Hungrigen dein Herz finden lässt und den Elenden sättigst,

* Jesaja 58, 7 ff.

dann wird dein Licht in der Finsternis aufgehen, und dein Dunkel wird sein wie der Mittag. Und der Herr wird dich immerdar führen und dich sättigen in der Dürre und dein Gebein stärken, und du wirst sein wie ein bewässerter Garten und wie eine Wasserquelle, der es nie an Wasser fehlt. Und es soll durch dich wieder aufgebaut werden, was lange wüst gelegen hat, und du wirst wieder aufrichten, was vor Zeiten gegründet ward.“

In der Reihe »EKD-TEXTE« sind bisher erschienen:

Aus Platzgründen ist es nicht mehr möglich alle Titel der Reihe EKD-Texte hier aufzuführen. Die nicht mehr genannten Titel können in der Gesamtliste im Internet unter: http://www.ekd.de/download/070712_ekd_texte.pdf eingesehen werden.

- Nr. 39 **Als Christen anderen begegnen**
Studie der Theologischen Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen
- Nr. 40 **Wanderungsbewegungen in Europa**
Diskussionsbeitrag der Kommission der EKD für Ausländerfragen und ethnische Minderheiten
- Nr. 41 **Zur Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf**
Ein Diskussionsbeitrag des Wissenschaftlichen Beirats
- Nr. 42 **Sinti und Roma**
Eine Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 43 **Zur evangelischen Jugendarbeit**
- Nr. 44 **Frauenordination und Bischofsamt**
Eine Stellungnahme der Kammer für Theologie
- Nr. 45 **Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der EKD**
- Nr. 46 **Menschenrechte im Nord-Süd-Verhältnis**
Erklärung der Kammer der EKD für Kirchlichen Entwicklungsdienst
- Nr. 47 **Die Meissener Erklärung**
- Nr. 48 **Schritte auf dem Weg des Friedens**
Orientierungspunkte für Friedensethik und Friedenspolitik
- Nr. 49 **Wie viele Menschen trägt die Erde?**
Ethische Überlegungen zum Wachstum der Weltbevölkerung
- Nr. 50 **Ehe und Familie 1994**
Ein Wort des Rates der EKD aus Anlass des Internationalen Jahres der Familie 1994
- Nr. 51 **Asylsuchende und Flüchtlinge**
Zur Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung
- Nr. 52 **»Gefährdetes Klima – Unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung«**
- Nr. 53 **Vom Gebrauch der Bekenntnisse**
Zur Frage der Auslegung von Bekenntnissen der Kirche
- Nr. 54 **Gemeinsame Initiative – Arbeit für alle!**
Eine Studie der Kammer der EKD für soziale Ordnung
- Nr. 55 **Asylsuchende und Flüchtlinge**
Zweiter Bericht zur Praxis des Asylverfahrens und des Schutzes vor Abschiebung
- Nr. 56 **Zur Situation und Befindlichkeit von Frauen in den östlichen Landeskirchen**
Bericht des Frauenreferates der EKD 1995
- Nr. 57 **Mit Spannungen leben**
Eine Orientierungshilfe des Rates der EKD zum Thema „Homosexualität und Kirche“
- Nr. 58 **Der evangelische Diakonat als geordnetes Amt der Kirche**
Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 59 **Zur ökumenischen Zusammenarbeit mit Gemeinden fremder Sprache oder Herkunft**
- Nr. 60 **Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen**
- Nr. 61 **Gewissensentscheidung und Rechtsordnung**
Eine Thesenreihe der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD
- Nr. 62 **Die evangelischen Kommunitäten**
Bericht des Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für den Kontakt zu den evangelischen Kommunitäten
- Nr. 63 **Christentum und politische Kultur**
Über das Verhältnis des demokratischen Rechtsstaates zum Christentum
- Nr. 64 **Gestaltung und Kritik**
Zum Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert
- Nr. 65 **Genitalverstümmelung von Mädchen und Frauen**
Eine kirchliche Stellungnahme.
- Nr. 66 **Taufe und Kirchenaustritt**
Theologische Erwägungen der Kammer für Theologie zum Dienst der evangelischen Kirche an den aus ihr Ausgetretenen
- Nr. 67 **Ernährungssicherung und Nachhaltige Entwicklung**
Eine Studie der Kammer der EKD für Entwicklung und Umwelt
- Nr. 68 **Das Evangelium unter die Leute bringen**
Zum missionarischen Dienst der Kirche in unserem Land

In der Reihe »EKD-TEXTE« sind bisher erschienen: (Fortsetzung)

- Nr. 69 **Kirchengemeinschaft nach evangelischem Verständnis**
Ein Votum zum geordneten Miteinander bekenntnisverschiedener Kirchen
- Nr. 70 **Thomas Mann und seine Kirche**
Zwei Vorträge von Ada Kadelbach und Christoph Schwöbel
- Nr. 71 **Im Geist der Liebe mit dem Leben umgehen**
Argumentationshilfe für aktuelle medizin- und bioethische Fragen
- Nr. 72 **Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens**
Gewaltsame Konflikte und zivile Intervention an Beispielen aus Afrika
- Nr. 73 **Was Familien brauchen. Eine familienpolitische Stellungnahme des Rates der EKD**
- Nr. 74 **Solidarität und Wettbewerb**
Für mehr Verantwortung, Selbstbestimmung und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
- Nr. 75 **Soziale Dienste als Chance**
Dienste am Menschen aufbauen · Menschen aktivieren · Menschen Arbeit geben
- Nr. 76 **Zusammenleben gestalten**
Ein Beitrag des Rates der EKD zu Fragen der Integration und des Zusammenlebens mit Menschen anderer Herkunft, Sprache oder Religion
- Nr. 77 **Christlicher Glaube und nichtchristliche Religionen**
Ein Beitrag der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 78 **Bedrohung der Religionsfreiheit**
Erfahrungen von Christen in verschiedenen Ländern
- Nr. 79 **Die Manieren und der Protestantismus**
Annäherungen an ein weithin vergessenes Thema
- Nr. 80 **Sterben hat seine Zeit**
Überlegungen zum Umgang mit Patientenverfügungen aus evangelischer Sicht
- Nr. 81 **Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung**
Eine Stellungnahme der Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD
- Nr. 82 **Fern der Heimat: Kirche**
Urlaubs-Seelsorge im Wandel
- Nr. 83 **Dietrich Bonhoeffer**
Texte und Predigten anlässlich des 100. Geburtstages von Dietrich Bonhoeffer
- Nr. 84 **Freiheit und Dienst**
Argumentationshilfe zur allgemeinen Dienstpflcht und Stärkung von Freiwilligendiensten
- Nr. 85 **Menschen ohne Aufenthaltspapiere**
Orientierungshilfe zur Hilfe, Leitsätze, Schicksale, Recht u. Gemeinde
- Nr. 86 **Klarheit und gute Nachbarschaft**
Christen und Muslime in Deutschland
- Nr. 87 **Wandeln und gestalten**
Missionarische Chancen und Aufgaben der evangelischen Kirche in ländlichen Räumen
- Nr. 88 **Verbindlich leben**
Kommunitäten und geistliche Gemeinschaften in der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 89 **Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel**
Ein Appell des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber
- Nr. 90 **Die Bedeutung der wissenschaftlichen Theologie für Kirche, Hochschule und Gesellschaft**
Dokumentation der XIV. Konsultation „Kirchenleitung und wissenschaftliche Theologie“
- Nr. 91 **Für ein Leben in Würde – HIV/AIDS-Bedrohung**
Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 92 **Familienförderung im kirchlichen Arbeitsrecht**
Eine Arbeitshilfe erarbeitet im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 93 **Gott in der Stadt**
Perspektiven evangelischer Kirche in der Stadt
- Nr. 94 **Weltentstehung, Evolutionstheorie und Schöpfungsglaube in der Schule**
Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland
- Nr. 95 **Ernährungssicherung vor Energieerzeugung**
Eine Stellungnahme der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 96 **Theologisch-Religionspädagogische Kompetenz**
Professionelle Kompetenzen und Standards für die Religionslehrausbildung
- Nr. 97 **Wenn Menschen sterben wollen**
Eine Orientierungshilfe zum Problem der ärztlichen Beihilfe zur Selbsttötung
- Nr. 98 **Leben mit Demenz**
Beiträge aus medizinisch-pflegerischer, theologischer und lebenspraktischer Sicht
- Nr. 99 **Kirche klingt**
Ein Beitrag der Ständigen Konferenz für Kirchenmusik

Herausgegeben vom Kirchenamt der EKD
Herrenhäuser Straße 12 · 30419 Hannover
Telefon: 05 11/27 96 0 · Fax: 05 11/27 96 707
E-Mail: versand@ekd.de · Internet: www.ekd.de